



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der SPD: Gute Arbeitszeiten sichern - Schutzrechte der Beschäftigten stärken - Die Digitalisierung der Arbeitswelt gestalten!

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 18.01.2018

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Dieser Antrag ist wieder einmal typisch für die Politik der SPD: Ihre Antwort auf Zukunftsfragen lautet mehr gesetzliche Regulierung. Sie sehen vor allem Risiken und Gefahren der Digitalisierung – Wir hingegen wollen Chancen eröffnen und die Selbstbestimmung der Beschäftigten stärken.

Anrede

Uns allen sollte bewusst sein, dass die Digitalisierung die Arbeitswelt ähnlich grundlegend verändern wird wie viele andere Lebensbereiche. Wir sind bereits auf dem Weg zu Industrie 4.0, zu neuen Formen der Produktion.

Aus unserer liberalen Sicht bietet die digitale Arbeitswelt den Menschen mehr Chancen, selbstbestimmt zu arbeiten, sich Arbeitszeit, Arbeitsort und Organisation selber einzuteilen.

An die Stelle einer klassischen abhängigen Beschäftigung mit Präsenzpflcht von 9 bis 17 Uhr treten freiere Formen der Arbeitsgestaltung. So können die Beschäftigten auch ihre Arbeit mit Familie, Weiterbildung und Freizeit besser vereinbaren.

Viele Menschen schätzen diese Zeitsouveränität, die ihnen die Digitalisierung eröffnet. So wird heute oft in Bewerbungsgesprächen nicht mehr zuerst nach einem Dienstwagen gefragt, sondern nach der Möglichkeit zur Arbeit im Home-Office oder flexiblen Arbeitszeiten etwa zur Kinderbetreuung.

Anrede

Angesichts dieser Veränderungen in der Arbeitswelt brauchen wir auch flexiblere gesetzliche Regelungen der Arbeitszeit. Dabei geht es uns aber nicht um weniger Arbeitsschutz, sondern um praktikable Regelungen und mehr Selbstbestimmung der Beschäftigten.

Das aktuelle Arbeitszeitgesetz ist 23 Jahre alt und stammt somit aus einer Zeit, in der das Internet gerade an der Schwelle vom Medium für Wissenschaftler und Nerds hin zu kommerziellen Anwendungen stand. Das Gesetz begrenzt die zulässige tägliche Arbeitszeit auf acht beziehungsweise maximal zehn Stunden.

In der Europäischen Arbeitszeitrichtlinie wird hingegen nur die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden vorgegeben. Indem wir uns daran orientieren, könnten wir mehr Flexibilität ermöglichen. Die vereinbarte Arbeitszeit wird so nicht ausgeweitet, sondern nur variabler verteilt.

Arbeitnehmer müssen zudem laut Gesetz nach der täglichen Arbeitsphase eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden einhalten. Wer also früher das Büro verlässt, um die Kinder ins Bett zu bringen, und danach zu Hause weiterarbeitet, der dürfte streng genommen am kommenden Morgen nicht ins Büro. Millionen Arbeitnehmer arbeiten so in der Illegalität, selbst wenn sie abends nur E-Mails abrufen. Dies bedarf eines Updates, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Auch die Arbeitszeitrichtlinie sieht einen Spielraum für Vereinbarungen der Sozialpartner vor, den der deutsche Gesetzgeber bisher nicht ausreichend genutzt hat. Die Voraussetzungen für tarifvertragliche Ausnahmen sind durch die Einschränkung auf die Art der Tätigkeit viel zu eng gefasst. Sie lassen insbesondere selbstbestimmte Arbeitszeiten außer Betracht.

Anrede

Selbst Andrea Nahles ist hier weiter als dieser Antrag. Sie hat sich für eine Öffnungsklausel auf der Basis tarifpartnerschaftlicher Verabredungen ausgesprochen. Der SPD-Antrag setzt hingegen auf mehr Regulierung und verstärkte Kontrollen.

Wir Freie Demokraten werden uns dem entgegen stellen. Die NRW-Koalition wird über die geplante Bundesratsinitiative den Spielraum für Vereinbarungen der Tarifpartner zu flexiblen Arbeitszeiten ausweiten. Wir wollen so die Chancen der neuen digitalen Arbeitswelt für mehr Freiheit für mehr Menschen nutzen.